

An die Vertreter\_innen der Presse

Basel, 2. Dezember 2010

## Chancengleichheit für alle Studierenden!

Stellungnahme der skuba

//verabschiedet am 02.12. 2010, als dringliche Stellungnahme in Absprache mit dem Ratspräsidium nach §34 Absatz 3 des Statuts //

Sehr geehrte Damen und Herren

Durch den Bericht in der sendung 10 vor 10 im Schweizer Fernsehens vom 1. Dezember 2010 sieht sich die Studentische Körperschaft der Universität Basel gezwungen, zur sich ausweitenden Diskussion über Zugangsbegrenzungen für ausländische Studierende Stellung zu nehmen. Der Bericht zeigt anhand der halbprivaten Università della Svizzera italiana die Möglichkeit der Verdoppelung der Studiengebühren für ausländische Studierende auf und berichtet auch über die Quote für ausländische Studierende an der Universität St. Gallen. Erstmals nimmt auch die Schweizerische Rektorenkonferenz Stellung, deren Präsident Antonio Loprieno lässt verlauten, dass „es „natürlich“ darauf hinaus laufen wird „dass in bestimmten Fällen die Zahl von ausländischen Bewerbungen eingeschränkt wird“. Das Resultat der Debatte im Ständerat, welche den Anlass zum Bericht gab, steht zum Zeitpunkt der Verfassung dieser Stellungnahme noch aus.

Die skuba ist schockiert über diese Tendenzen, welche zweifellos zur Diskriminierung ausländischer Studierender führen. Im Speziellen in Basel, welches sich als grenzübergreifendes, trinationales Zentrum begreifen möchte, ist es von grosser Wichtigkeit, dass alle Studierenden unter den gleichen Bedingungen Zugang zu Hochschulbildung erhalten. Durch unterschiedliche Kriterien – sei dies Selektion über zusätzliche Leistungsanforderungen oder über höhere Studiengebühren – werden einer Studierendengruppe spezifische Hindernisse in den Weg gestellt, wodurch nicht alle Studierenden die gleichen Augangschancen erhalten.

Es ist klar, dass qualitativ hochstehende Bildung teuer ist und dass schweizerische Steuerzahler\_innen dafür aufkommen. Bei dieser Finanzdiskussion darf jedoch keinesfalls vergessen werden, dass – wie im Bericht erwähnt – die Kosten für jene Studierenden, welche im Folgenden in der Schweiz verbleiben, eine Investition in qualifizierte Ressourcen für die Schweizerische Wirtschaft darstellen. Es darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass auch zahlreiche Schweizer\_innen im Ausland (insbesondere in Deutschland) in den Genuss einer für sie kostengünstigen, äquivalenten

Ausbildung kommen. Die gegenwärtige Arbeitsmarktsituation zeigt, dass die Schweiz auch immer mehr auf gut ausgebildete Arbeitskräfte aus dem Ausland zurückgreifen muss. Warum sollen also noch mehr Menschen von einer Hochschulbildung in der Schweiz ausgeschlossen werden?

Ein weiteres Argument, welches gegen die erschwerte Aufnahme ausländischer Studierender spricht, stellt der Bologna Prozess dar. Dieser Prozess, dessen Umsetzung ebenfalls der Schweizerischen Rektorenkonferenz obliegt, beinhaltet als eine seiner zentralen action lines die Steigerung der Mobilität. Eine Vergleichbarkeit der Abschlüsse soll in der European Higher Education Area erreicht werden. Warum werden dennoch ausländische Studierende pauschal der Minderwertigkeit verdächtigt?

An der Universität Basel nimmt die Frage der Behandlung ausländischer Studierender eine besonders wichtige Rolle ein. Basel mit seiner traditionsreichen Universität lebt unter anderem von einer internationalen Ausrichtung. Die Zusammenarbeit im Dreiländereck schreiben sich die Trägerkantone der Universität im Rahmen des EUCOR-Programmes auf die Fahnen. Die Zusammenarbeit ist für die Studierenden nicht nur Theorie, sondern auch Realität. Diese Realität hat man in den vergangenen Jahren gestärkt und unter den Studierenden gibt es ein grosses Zusammengehörigkeitsgefühl. Weshalb versucht man, unsere Mitstudierenden zu vertreiben, anstatt mit den verantwortlichen Regierungen eine Finanzierungslösung zu suchen?

Hochschulbildung ist ein öffentliches Gut – für alle Studierenden, unabhängig von Nationalität und Portemonnaie!

Mit freundlichen Grüßen im Namen der skuba

Lea Meister  
skuba-Vorstand Ressort Hochschulpolitik  
Kontakt: Hochschulpolitik-skuba@unibas.ch  
078 720 65 78

Katharina Baur  
skuba-Vorstand Ressort Qualitätssicherung  
Kontakt: QS-skuba@unibas.ch  
078 751 88 80

